

11.03.2024

Eingetrübter Außenhandel: Unternehmen in der Region Trier blicken mit Sorgen in die Zukunft

Die IHK Trier hat im Rahmen einer bundesweiten Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) Mitgliedsunternehmen nach ihrem Auslandsgeschäft gefragt. 65 exportierende Unternehmen aus der Region Trier haben an der Befragung teilgenommen. „Das Ergebnis ist ernüchternd und reiht sich damit ein in den deutschlandweiten Trend einer schwächelnden Exportwirtschaft“, fasst Jan Heidemanns, Leiter International der IHK Trier, zusammen.

Drei Viertel erwarten 2024 keine Besserung

Die aktuelle und auch zukünftige Geschäftssituation in der EU sowie in Drittländern werden zurückhaltend bewertet. Die Mehrheit der befragten Unternehmen (57 Prozent) beurteilten ihr Geschäft in der Eurozone als befriedigend, 18 Prozent gar negativ und lediglich 25 Prozent gaben eine gute Einschätzung. Leider gehen auch 73 Prozent der Unternehmen von keiner Besserung in diesem Jahr aus.

Die Situation in wichtigen Auslandsmärkten wie den USA und China ist ebenso durchwachsen. Unternehmen klagen in China vorwiegend von einer schlechten Auftragslage und noch teils wirtschaftlichen Spätfolgen der Corona-Pandemie. „Doch trotz der Schwierigkeiten und auch vor dem Hintergrund der Diskussionen rund um De-Risking spricht sich die Mehrheit der Firmen für eine Beibehaltung des China-Geschäfts aus, lediglich 16 Prozent denken über eine Reduzierung nach“, so Heidemanns.

Handelshemmnisse nehmen zu

Die schwache weltwirtschaftliche Entwicklung sowie die geopolitischen Krisen wirken sich negativ auf die exportierende Wirtschaft aus. Zudem haben 71 Prozent der befragten Unternehmen im Jahr 2023 eine Zunahme von Handelshemmnissen bei ihren internationalen Geschäften festgestellt. Dies waren unter anderem eine Ausweitung an lokalen Zertifizierungsanforderungen, Sanktionen sowie eine intransparente Gesetzgebung.

Die Umfrage hat auch gezeigt, dass mehr als die Hälfte der Unternehmen auch im internationalen Geschäft vor der Herausforderung einer überbordenden Bürokratie stehen. Diese schlägt sich beispielsweise nieder in umfangreichen Berichtspflichten, der Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes sowie der Umsetzung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus der EU (CBAM).

Bürokratieabbau notwendig

„Europäische Unternehmen sind beinahe täglich mit neuen Gesetzen, Berichtspflichten, Auflagen, Formularen und Anträgen konfrontiert. Insbesondere vor dem Hintergrund der schlechten gesamtwirtschaftlichen Ausgangslage wäre Bürokratieabbau dringend geboten, um Unternehmen stärker zu entlasten“, fordert Heidemanns abschließend.

ANSPRECHPARTNER

International

JAN HEIDEMANN

Tel.: 0651 9777-230

Fax: 0651 9777-205

heidemanns@trier.ihk.de